

Information aus Sektion Dezember 2017 von Hans

Sektor 1 und syndicom allgemein.

Wahlen Stiftungsrat Pensionskasse Post.

Gewählt sind 3 Vertreter von Syndicom, 1 von Transfair und eine Person von der Freien Liste.

Markus Zeugin hat zwar deutlich mehr Stimmen als die beiden Nicht-Syndicomler, aber bei der Proporz-Wahl reicht es uns nur für 3 Sitze. Das ist enttäuschend.

Gewählt sind Ephrem Theurillat, Daniele Wenger, Andrea Spring von Syndicom Nathalie Kunz von Transfair und Isabelle Meier von den freien Kandidaturen.

Schlimm ist auch, dass Matteo Antonini, der neue Sektorleiter Sektor 1 und Nachfolger von Dani Münger, nicht gewählt wurde. Er ist ein ausgewiesener Pensionskassenspezialist. syndicom hat schon vor den Wahlen Protest eingelegt, weil auf der Freien Liste mehr als 5 Kandidierenden aufgeführt waren. Ob sie den Protest aufrecht erhält weiss ich nicht.

Nach dem National- hat jetzt auch der Ständerat definitiv entschieden, dass das Postgesetz überarbeitet werden muss. Ausgelöst wurde die Motion durch die Unzufriedenheit über den Abbau der Poststellen. Nachdem beide Kammern sich gegen die Haltung von Post und Bundesrat stellen, braucht es jetzt dringend einen Marschhalt. Die Schliessungen müssen endlich gestoppt werden.

syndicom-Kampagne erfolgreich

Nachdem syndicom mit einer Gefährdungskarte und einer grossen Kampagne die Bevölkerung und die Politik des Abbaus aufklärte, kam Bewegung in die Sache. Unterdessen wurden in dutzenden Gemeinden über 100'000 Unterschriften mit Petitionen gesammelt. Unzählige weitere Vorstösse und Kantonsinitiativen zuhanden des Parlaments eingereicht.

Der Grosse Rat von Basel-Stadt hat die Standesinitiative betreffend die Schliessung von Quartier-Poststellen an die Regierung überwiesen. Damit unterstreicht er die Wichtigkeit der Poststellen in den Quartieren und des Service public für die Bevölkerung. Damit setzt der Grosse Rat ein Zeichen gegen die Schliessung der für die Bevölkerung, aber auch für das Gewerbe wichtigen Post-filialen in den Quartieren und gegen den Abbau des Service public. Trotz Petition – Post hält an der Schliessung fest. Mit der nun überwiesenen Standesinitiative wird der Bundesrat unter anderem aufgefordert, als Eigner der Post, ein Moratorium bei der Schliessung von Poststellen zu veranlassen bis eine konzeptionelle Netzplanung vorliegt. Nun sollen andere Kantone dem Beispiel Basel folgen.

Kongress in Basel.

Das grösste Interesse aus Basler Sicht galt dem Antrag der Sektion, welcher den Delegiertenschlüssel für den Kongress und die Delegiertenversammlungen zugunsten der Sektionen und den Interessengruppen anpassen sollte. Obwohl die Branchendelegierten aus dem Sektor 3 und die Finanzabteilung vehement ihren Standpunkt verteidigten, wurde der Antrag deutlich angenommen. Nachdem auch Anträge aus anderen Sektionen und IGs angenommen wurden sollte klar sein, dass die Delegierten nicht mehr gewillt sind den künftigen Abbau der Mitgliederpflege an

der Basis zu dulden und mehr Mitsprache wünschen. Es liegt jetzt an uns zu helfen, die richtigen Entscheidungen für die Zukunft unserer Gewerkschaft zu treffen. Die letzten Anträge, darunter auch unser zweiter Antrag welcher die Versandkosten unserer Broschüre betrifft, konnten aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt werden. Darüber wird zu einem späteren Zeitpunkt an einer Delegiertenversammlung abgestimmt.

Offen bleiben Fragen und Anträge, die nicht behandelt werden konnten. Dies soll zeitnah nachgeholt werden. Die Geschäftsleitung schlägt vor, die hängigen Geschäfte und die Umsetzung des neuen Delegiertenschlüssels an einem ausserordentlichen Kongress zu behandeln. Der entsprechende Antrag wird am 3. Februar 2018 dem Zentralvorstand unterbreitet. Der ausserordentliche, eintägige Kongress würde die für den 9. Juni 2018 geplante Delegiertenversammlung ersetzen.

Unter anderem auch unser Antrag, betreffs Erhöhung von 2 auf 4 ZV-Mitglieder, somit wird frühestens an der nächsten DV darüber befunden.

Syndicom lehnt die «No Bilag» Initiative klar ab.

Das Recht auf umfassende Information ist ein Grundrecht, das nur durch einen starken Service public in den Medien garantiert werden kann. Von privaten Interessen unabhängige Medien sind entscheidend für das Funktionieren einer Demokratie. syndicom setzt sich ein für die Medienvielfalt und eine Förderung unabhängiger Print- und Online-Medien. syndicom unterstützt die Schaffung einer öffentlich finanzierten digitalen Infrastruktur für unabhängige Medien. syndicom verlangt ein Mediengesetz, das die Information nicht als Ware zum Erzielen von Profit behandelt. Auch private Fernseh- und Radiostationen erhalten von der Abgabe Geld. Die SRFG unterstützt auch den Schweizer Film damit. Sendungen mit wenig Zuschauer wie zum Beispiel der Literaturclub wären gefährdet.

AHV stärken – die solidarische und bessere Altersvorsorge. Unsere AHV ist die einzige Altersvorsorge, die Erziehungs- und Betreuungsarbeit der Frauen bei der Rentenberechnung mitberücksichtigt – dies seit 1997 (10. AHV-Revision). Zusammen mit weiteren Ausgleichsmechanismen wurden so die AHV-Renten für viele Frauen verbessert. Heute sind sie im Schnitt gleich hoch wie diejenigen der Männer. Dagegen sind die meisten Frauen mit den Leistungen der Pensionskassen (zweite Säule) benachteiligt: Unterbrüche in der Erwerbsarbeit auf Grund von Erziehungs- und Betreuungsarbeit, Teilzeitarbeit und Lohndiskriminierung führen zu schlechten Pensionskassenrenten. Dieses System strafft die Frauen, deren Lebensentwürfe sich von denjenigen der Männer unterscheiden. So sind die mittleren Pensionskassenleistungen für Frauen nur halb so hoch wie diejenigen der Männer. Die beste Antwort auf diese Diskrimination bei der Rente ist der Ausbau und die Stärkung der AHV – so, dass eine AHV-Rente ein würdiges Leben im Alter garantiert.

syndicom wirkt auf ihre Stiftungsratsmitglieder der Pensionskassen Swisscom (comPlan) und Post (Pensionskasse Post) ein sowie der Pensionskasse Freelance und allenfalls weiteren Pensionskassen im Organisationsbereich von syndicom dahingehend ein, dass das Referenzalter bei 65 zu belassen ist, um eine Frühpensionierung ab dem 60. Altersjahr zu ermöglichen und einer schleichenden Erhöhung des Rentenalters auf 67 entgegenzuwirken.

Bei der Rentenreform war ursprünglich vorgesehen, das frühestmögliche Rentenalter auch für die Pensionskassen von 58 auf 62 zu erhöhen. Durch die Intervention der Gewerkschaften haben sich National- und Ständerat auf den Kompromiss für das frühestmögliche Rentenalter auf 60 geeinigt. Die Vorsorgeeinrichtungen erhalten somit die Möglichkeit, das Rentenalter auf 60 Jahre festzulegen. Wird das Referenzalter bei 67 festgelegt, ist eine Frühpensionierung erst ab dem 62. Altersjahr möglich.

Den Klassenkampf verstehen und führen.

Die Klassen, welche unsere Gesellschaft in oben und unten teilen, existieren. Die Verneinung dessen oder das verschliessen der Augen davor, stärkt nur die ArbeitgeberInnen. Daher fordert die Jugendkommission von syndicom, dass sich die Organisation den Fakten stellt und entsprechend kommuniziert. Wir müssen unseren Teil dazu beitragen, dass das Wort Klassenkampf wieder salonfähig wird. Wir müssen wieder hin stehen und die Sachen beim Namen nennen. Dies können wir jedoch nicht alleine erreichen. Auch andere linke Organisationen müssen dazu gebracht werden, die Existenz von Klassen wieder öffentlich anzuerkennen.

Die Anerkennung führt natürlich auch dazu, dass wir den Arbeitskampf wieder als Kampf zwischen Klassen begreifen müssen. Diesen müssen wir aktiver als bisher führen. Dies verleiht uns wieder Profil, anstatt als Feigenblatt der Unternehmensführung zu erscheinen.

Eine sehr gute Nachricht: Bei Frühpensionierungen der Post soll der Pension-Ausgleich rückwirkend auf den 01. Januar 2016 von 1500.- auf 2000.- Franken angehoben werden. Kostenpunkt für die Post: 30 Millionen.

Bernhard Hürzeler hat sich mit Markus Simon (Leiter BZR Basel) getroffen. Die Argumente von syndicom gegen die angeprangerten Missstände der Briefboten in Basel wurden relativiert. Es wurden aber doch Massnahmen ergriffen. Z. B. dass Ferientage nicht einfach bei freien Samstagen eingetragen werden und somit nicht mehr planerisch zur Verfügung stehen.

Am 13. November fand ein Anlass mit dem Personal von PostFinance statt. Dabei wurde über die geplanten Änderungen diskutiert und die Forderungen an die Leitung gestellt. Die Ergebnisse sind mir noch nicht bekannt.

Die Paketboten bekommen ein neues Arbeitszeitmodell (My Time). Am 29. November informierte die Gewerkschaft das Personal darüber. Beim Verteilen der Flyer zu diesem Anlass hat sich ein Teamleader beklagt, dass von 6 Paketzusteller welche eine Tour kennen alle sechs abwesend sind. Unfall, krank und Ferien. Auch Andere haben sich über Stress und viele Ausfälle infolge Krankheit etc. beklagt.

In Rheinfeldern fand eine Diskussion mit dem Zustellpersonal statt. Es wurde über Probleme und Missstände diskutiert. Das Ergebnis soll nun von den Betroffenen unterschrieben werde und dann dem BZR-Leiter vorgelegt werden.

Auch in Nunningen gibt es Probleme. Die Boten beklagen sich, dass z. B. die Wegzeit zurück zur Post als Pause gehandelt wird.

Es gibt eine Mitgliederwerbeaktion für Presto-Angestellte.

Am 25. Oktober informierte die Post die Bevölkerung von Zwingen über die Schliessung der Poststelle. Es waren über 100 Personen anwesend und der Widerstand gegen die Schliessung war gross. Das Aktionskomitee wird am Widerstand festhalten.

Sektor 2 Telecom

Anruf von Callcenter. Die Anruferin hat fast geweint, wahrscheinlich hatte sie den ganzen Tag noch kein Werbeerfolg gehabt und wird nach Erfolg bezahlt.

Sektor 3 Sektor GIV

Ringier schliesst Ende 2018 die Zeitungsdruckerei im Luzerner Vorort Adligenswil. Betroffen sind 172 Mitarbeiter. Das Verlagshaus begründet die Schliessung mit den gesunkenen Preisen, rückläufigen Auflagen und dem Verlust von Aufträgen, etwa der "Luzerner Zeitung".

Im Zuge des veränderten Marktumfeldes richte Ringier das Druckgeschäft neu aus, teilte das Unternehmen am mit. Mit dem Entscheid werde der generellen Verschiebung von Print zu Online Rechnung getragen.

Demnach führt Ringier die Swissprinter AG in Zofingen AG, die Magazine druckt, weiter. Die Zeitungsdruckerei Ringier Print AG in Adligenswil wird eingestellt.

Problem: Für kleiner und mittlere Zeitungen wird es immer schwieriger eine Druckerei zu finden, nachdem zuvor schon die NZZ ihre Druckerei in Schlieren geschlossen hat. Zurzeit gibt es in der Schweiz noch 3 Druckereien welche für mittelgrosse Produkte in Frage kommen. Auch so kann man die Pressefreiheit untergraben.

Politik allgemein

Krankenkassenprämien fressen Rente

Im Alter ist der Budgetposten Gesundheit besonders belastend. Die Krankenkassenprämien und die Gesundheitskosten steigen viel stärker als die AHV-Renten. Den Rentnerhaushalten bleibt deshalb immer weniger AHV-Rente, um die übrigen Lebenshaltungskosten zu bestreiten. Die Krankenkassenprämien haben sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt (+228%). Die AHV-Durchschnittsrente ist im selben Zeitraum zwar ebenfalls gestiegen, hat aber mit einem Wachstum von rund 21% mit den KV-Prämien nicht Schritt gehalten. Deshalb brauchen die AHV-RentnerInnen einen immer grösseren Teil ihrer Rente, um die Krankenkassenprämien zu bezahlen. Dazu kommen noch Franchisen, Selbstbehalte und Gesundheitsausgaben, die von der Krankenversicherung nicht abgedeckt sind.

Höhere AHV-Renten müssen hier für einen Ausgleich sorgen. Das SGB-Sekretariat wird im Verlauf des nächsten Jahres konkrete Vorschläge für die Umsetzung prüfen und entwickeln.

Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB haben nach der Ablehnung der Altersvorsorge 2020 die anstehenden Herausforderungen analysiert und Forderungen beschlossen. Mit dem Nein bleiben viele Probleme ungelöst: Die AHV ist unterfinanziert, die Pensionskassen-Renten der breiten Bevölkerung sinken weiter, die Frauen bleiben in der zweiten Säule benachteiligt, ältere Arbeitnehmende haben nach Stellenverlust keine Rentengarantie in der zweiten Säule und die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner sinkt wegen den stetig steigenden Krankenkassenprämien immer mehr.

Die SGB-Delegierten fordern deshalb:

- Die AHV-Renten müssen erhöht werden, damit sie mit den steigenden Krankenkassenprämien und Gesundheitskosten Schritt halten.
- Die AHV braucht zusätzliche Mittel - vor allem in Form von höheren Lohnbeiträgen. Das AHV-Mehrwertsteuerprozent muss endlich vollständig in die AHV fließen.
- In der zweiten Säule dürfen Banken und Versicherer keine Gewinne mehr auf Kosten der Versicherten machen. Der SGB wird eine entsprechende Kampagne lancieren.
- Für langjährige, ältere Arbeitnehmende muss der Kündigungsschutz verbessert werden. Bei Stellenverlust ab 58 sollen sie in der alten Pensionskasse bleiben können. Weiter braucht es mehr Branchenlösungen für den vorzeitigen Altersrücktritt.

Das Frauenrentenalter muss bei 64 Jahren bleiben.

Weiter haben die Delegierten beschlossen, in der anstehenden Revision des Gleichstellungsgesetzes den Druck für effektive Massnahmen zur Beseitigung der Lohnungleichheit zu erhöhen. Die Missachtung des entsprechenden Verfassungsartikels ist ein über 20-jähriger Skandal und gehört dringend beendet. Es braucht behördliche Kontrollen, Sanktionen und den stärkeren Einbezug der Gewerkschaften.

Der Gewerbeverband will, dass die Arbeitnehmenden länger arbeiten und kürzer ruhen. Er fordert insbesondere eine deutliche Reduktion der Ruhezeiten und die Erhöhung der wöchentlichen Höchst Arbeitszeit auf 50 Stunden. Der SGB wird diese Angriffe auf den Schutz der Arbeitnehmenden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.

In den schon fast nicht mehr überschaubaren Chor derer, die im Namen der Flexibilität einen radikalen Abbau des arbeitsgesetzlichen Schutzes fordern, hat heute auch der Schweizerische Gewerbeverband eingestimmt. "Der SGB lehnt nach den Angriffen auf die Arbeitszeiterfassung auch diese neueste Attacke auf einigermaßen geordnete Arbeitsverhältnisse entschieden ab", sagt Luca Cirigliano vom SGB. "Die Schweiz hat schon heute die längsten Arbeitszeiten in ganz Europa. In keinem anderen Land gibt das Arbeitsgesetz den Arbeitgebern so viel Spielraum. Und auch für Stress und arbeitsbedingte Erkrankungen ist die Schweiz alles andere als ein Vorbild."